

Zeitung für den Barnim

# Offene Worte

Jeden  
Tag neu.

Online  
Nr. 729

26. Juli 26  
36. Jahrg.

Die Linke

Barnim

## Auf den Kopf gestellt

Die Bundesregierung plant, 16- bis 17-jährigen keinen Unterhaltsvorschuss mehr zu zahlen. Die Linke sagt, das ist „perfide“.

Das Sparpaket der Bundesregierung sieht vor, beim Unterhaltsvorschuss zu kürzen. Die Leistung soll künftig bereits ab dem 16. Geburtstag gestrichen werden.

Bisher gibt es Unterhaltsvorschuss für Kinder von Alleinerziehenden bis zum 18. Geburtstag, wenn ein Elternteil keinen Unterhalt zahlen kann oder sich vor der Zahlung drückt. Kinder bis 5 Jahre erhalten derzeit maximal 227 Euro, von 6 bis 11 Jahren 299 Euro und von 12 bis 17 Jahren 394 Euro. Maximal heißt: Zahlt ein Elternteil zum Beispiel 100 Euro Unterhalt, kann der Differenzbetrag auch als Unterhaltsvorschuss beantragt werden. Ausgezahlt wird die Leistung in der Regel durch die Jugendämter.

Jetzt also soll die Leistung zwischen dem 16. und 18. Geburtstag entfallen. Das betrifft schätzungsweise rund 370.000 Jugendliche bundesweit nach Angaben der LINKEN. Gezahlt werden würde in diesem Alter ohnehin nicht, wenn das Kind bereits entsprechend hohes eigenes Einkommen zum Beispiel während einer Ausbildung erhält.

Aber die Erweiterung des Unterhaltsvorschusses auf alle Kinder ab dem 12. Lebensjahr wurde vor 9 Jahren als Erfolg im Kampf gegen Kinderarmut gefeiert. Denn bis zum 30. Juni 2017 erhielten Kinder nur maxi-

mal 6 Jahre lang Unterhaltsvorschuss und maximal bis zum 12. Geburtstag. „Mitten in der Zeit, in der die Kosten für Ernährung und Kleidung steigen und vor allem die soziale Teilhabe unglaublich wichtig ist, werden Jugendliche einmal mehr von der Regierung



Grafik: Pixabay

alleingelassen“, kommentiert Heidi Reichinnek, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. „Union und SPD zeigen mehr als deutlich, dass Kinder und Familien für sie nichts an-

deres sind als ein Haushaltsposten, bei dem ohne Rücksicht auf Verluste gekürzt werden kann.“

Dabei hat der Koalitionsvertrag von CDU und SPD sogar eine Verbesserung beim Unterhaltsvorschuss versprochen: Das Kindergeld sollte künftig nur noch hälftig angerechnet werden. Das würde bedeuten, dass die derzeitigen Zahlbeträge um 129 Euro monatlich steigen würden. Stattdessen gibt es nun sogar noch eine Verschlechterung. Heidi Reichinnek nennt das „perfide“.

Kommunale Spitzenverbände fordern noch härtere Einschnitte. Deutscher Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund wollen die vollständige Rückkehr zum Stand vor 2017, heißt es auf der Homepage „kommunal“. Denn der Bund trägt zwar 40 Prozent der Kosten des Unterhaltsvorschusses, 60 Prozent teilen sich aber Länder und Kommunen. Hier muss sich der Bund viel stärker beteiligen, denn vor allem die Kommunen leiden unter der Last der Kosten. Die Rückzahlungen des verauslagten Unterhaltes liegen unter 20 Prozent. Um konsequenter rückfordern zu können, braucht es Personalverstärkung in den Jugendämtern. Doch Bund, Land und Kommunen gehen hier den Weg des geringsten Widerstandes. bc

### nächste Online-Ausgabe am 27. Juli

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.  
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488  
E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de)  
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429  
Verwendungszweck: Spende OW.